# Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3688—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

**Berlin**

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koehstraße 22-26

15 Pf • [Auswärts 20 Pf.] • Nr 222 • A 113 — MITTWOCH, 13. MAI 1931 — MORGEN-AUSGABE • V


# Rußlands Warenhunger

## Reorganisation der Genossenschaften — Kampf der Teuerung

*Eigene Meldung der Vossischen Zeitung*

MOSKAU, 12. MAI

**Ein von Stalin und Molotow für die Kommunistische Partei und die Regierung unterzeichneter Erlaß regelt die Reorganisation der russischen Konsumgenossenschaften. Darin wird ausgeführt, daß die Genossenschaften nach der Vertreibung der Privathändler durch übertriebenen Bürokratismus und durch die irrtümliche Ansicht, daß man schon zum direkten Warenaustausch gelangt sei, die Versorgung der Bevölkerung in Unordnung gebracht hätten. Dieses System habe weiter zur Ignorierung der Bedürfnisse der Käufer und zu ähnlichen Mißständen geführt. Die neuen Richtlinien wollen ein geordnetes Netz für Groß- und Kleinhandel schaffen und fordern für die Großstädte zur Bekämpfung des Schlangestehens die Eröffnung zahlreicher neuer Verkaufsstellen. So sollen in Moskau noch im laufenden Jahr 200 neue Lebensmittelgeschäfte errichtet werden.**

Als wichtigste Bestimmung wird verfügt, daß grundsätzlich die in letzter Zeit verschärfte Rationierung von Industriewaren aufgegeben werden soll. Nur Kleidung und Schuhe, natürlich auch Lebensmittel, sollen weiterhin rationiert bleiben. Sehr bemerkenswert ist die Bestimmung, daß die Angestellten der Genossenschaften künftig neben festem Gehalt eine prozentuale Beteiligung am Umsatz und Prämien für Beschleunigung des Umsatzes und für Verhinderung von Warenverderb und Warenminderung erhalten sollen, also in Zukunft ähnlich wie in der privaten Wirtschaft an der Befriedigung der Ansprüche des Publikums und dem Geschäftsgang des Unternehmens interessiert werden sollen. Durch Reorganisation des Einkaufs- und Verteilungsapparates hofft man, die in den letzten Wochen beobachtete erhebliche Preissteigerung für Industriewaren und Lebensmittel in den Genossenschaftsgeschäften zum Stillstand bringen zu können.

# Soll Kürtens Kopf fallen?

## Kahl sagt ja, Radbruch nein

**Auf einem Diskussionsabend der Deutschen Liga für Menschenrechte über die Todesstrafe, auf dem Rudolf Olden sich als grundsätzlicher Gegner und Rechtsanwalt Paul Bloch als Anhänger der Todesstrafe bekannten, waren Erklärungen der Staatsrechtslehrer Geheimrat Professor Kahl-Berlin und Professor Dr. Gustav Radbruch-Heidelberg über den Fall Kürten besonders bemerkenswert. Professor Kahl hat zum Fall Kürten folgende Erklärung abgegeben:**

„Meine Stellung zum Problem der Todesstrafe überhaupt darf ich als bekannt voraussetzen. Der Preis, um den ich bereit bin, auf sie zu verzichten, ist die Ueberführung des zu lebenslanger Zuchthausstrafe Verurteilten und alsdann begnadigten Mörders in die Sicherungsverwahrung. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Folgerichtig habe ich für Beibehaltung gestimmt. Das Ersuchen des Reiches an die Länder, bis zur neuen gesetzlichen Regelung den Vollzug der Todesstrafe einzustellen, war an einem Zeitpunkt ergangen, an dem die Verabschiedung der Strafrechtsreform nahe bevorzustehen schien.

Diese Voraussetzung hat sich durch die politischen Katastrophen leider nicht erfüllt. So ist es begreiflich, daß, nachdem die Todesstrafe nun einmal noch geltendes Recht ist, zwei Länder in besonders schweren Fällen die Strafe vollzogen haben; denn der Zustand, daß, obwohl die gesetzliche Strafe besteht, sie nicht zur Anwendung kommt, kann natürlich kein Dauerzustand sein. Würde sie nun nach diesen Vorgängen im Fall Kürten nicht vollzogen werden, so würde dies nach meiner festen Ueberzeugung eine derartig starke und leidenschaftliche Bewegung für schleckthinnige Beibehaltung der Todesstrafe entfesseln, daß jede Aussicht ihrer gesetzlichen Beseitigung für absehbare Zeit völlig ausgeschlossen erscheint. Aus dem vorliegenden Fall die weit überwiegende öffentliche Meinung den Vollzug fordert, kann nicht zu bestreiten sein, ebensowenig aber, daß auch dieser Teil der öffentlichen Meinung zumal in einem demokratischen Staat Anspruch auf Gehör hat. Auf diese Uebereinstimmung der Lösung des Problems der Todesstrafe mit der öffentlichen Meinung habe ich in meinem Referat vor dem Deutschen Juristentag in Wien schon 1912 entscheidendes Gewicht gelegt. **Folgerichtig kann ich auch heute keinen Schritt empfehlen, der sich in offenbarstem Widerspruch zu ihrem Empfinden stellen würde.“**

Im Gegensatz zu Professor Kahl äußert sich Professor Radbruch im Fall Kürten gegen den Vollzug der Todesstrafe. In seiner Erklärung heißt es u. a.: „Wir kämpfen nicht für Kürten, sondern gegen die Todesstrafe. Wir verlangen, daß die Todesstrafe an Kürten nicht vollstreckt wird, weil mit Kürtens Kopf in Zukunft viele Köpfe fallen würden, auch weniger gefährliche und schuldige und angesichts der nie auszuschaltenden Gefahr des Justizirrtums auch Unschuldige. Wir wenden uns aber auch deshalb gegen Kürtens Hinrichtung, weil auch in seinen Taten die Mitschuld der Gesellschaft nicht übersehen werden kann. Mit der von einem tobsüchtigen Vater ererbten Anlage mischten sich gesellschaftliche Einflüsse, wie das furchtbar verwahrloste Elternhaus und das Erlebnis einer jahrzehntelangen Strafhaft, die von den Bestrebungen der gegenwärtigen Strafvollzugsreform noch nichts wußte, zu dem unheilvollen Wesen, das sich in Kürtens Untaten entlud.“

Schließlich erklärt Radbruch: „Grade im Fall Kürten läßt sich die Sinnlosigkeit der Todesstrafe deutlich zeigen. Hat die Hinrichtung des Massenmörders Haarmann auf den Massenmörder Kürten irgendwelchen Einfluß auszuüben vermocht? Im Blutrausch ist die abschreckende Stimme des Strafgesetzes nicht mehr vernehmlich. Die Gesellschaft vor gemeingefährlichen Rechtsbrechern zu sichern, gibt es aber noch andere Mittel als das Beil des Henkers. Gewiß ist der Beruf derer, denen Verwahrung und Behandlung solcher Persönlichkeiten obliegt, schwer und gefährlich, aber nicht gefährlicher und schwerer als der ebenso unvermeidliche Dienst an gemeingefährlichen Geisteskranken. So bleibt als einziger Grund, aus dem man die Todesstrafe heischt, der Schrei des Blutes nach dem Blut, die Begierde der Vergeltung übrig, der Racheinstinkt. Ihn aus dem Strafrecht und Strafvollzug auszuschalten, ist Ziel und auf breitem Gebiet schon Erfolg der kriminalpolitischen Reformarbeit. **Preußen wird nicht gewillt sein, das erwarten wir zuversichtlich, jetzt das entscheidende Signal zum strafrechtlichen Rückschritt zu geben.“**

## London—Berlin in drei Stunden

### Hawks Rekordflug

**Auf dem Flughafen Tempelhofer Feld landete Dienstag nachmittag der amerikanische Rekordflieger Frank Hawks, der sich, wie berichtet, zur Zeit auf einer Rundreise durch Europa befindet. Hawks stellte mit seinem gestrigen Flug von London nach Berlin eine Rekordleistung auf, denn er benötigte nur 2,58 Stunden für die ungefähr 1000 Kilometer lange Strecke.**

Der Amerikaner landete in Berlin, noch bevor das Telegramm eintraf, das seinen Abflug von London nach Berlin zur Flugwache meldete. Der Apparat, mit dem Hawsk die Rekordleistung vollbrachte, gehört dem Siriustyp an. Die Flugzeuge dieses Typs sind die schnellsten, die augenblicklich in Amerika gebaut werden.

## Neue Bauernsiedlungen im Harz

**Auf den ehemaligen Gütern des Fürsten von Stolberg im Brockengebiet, werden zurzeit etwa 90 Siedlungsstellen im Umfang von 10 bis 80 Morgen geschaffen, die noch im Laufe dieses Jahres übernommen werden.**

# Von A bis Z

## Die Mai-Tagung des Völkerbundes

GENF, 11. MAI

Daß in der am Freitag nach Himmelfahrt beginnenden Genfer Tagung die Fragen der Abrüstung und der Zoll-Union die beiden polaren Probleme darstellen werden, ist freilich nur im Deutschen ein sprachliches Symbol — von A bis Z —, aber praktisch kann es ein Symbol der ganzen Maisession sein: es geht in der Tat um nicht mehr und nicht weniger als um die beiden Seiten der einen großen Krise, die heute die Welt erschüttert, die wirtschaftliche und die militärisch-politische. Auch vom Völkerbunde aus gesehen, kreist alles um diese beiden Kernfragen der Friedenssicherung, die ja Hauptaufgabe des Genfer Bundes ist. Alles andere sind Dinge zweiter Ordnung oder Mittel zum Zweck. Grade in Genf aber täuscht man sich natürlich nicht darüber, daß der Gegenstrom sich immer mehr verstärkt, und daß man angesichts eines wachsenden wirtschaftlichen und politischen Nationalismus in größter Gefahr ist, an das schreckliche Ufer zurückgetrieben zu werden, von dem man, erfüllt von Grauen, vor zwölf Jahren so schnell als möglich abzustoßen versuchte. Man weiß heute auch, daß man sich 1919 und 1920 die Dinge viel zu einfach vorgestellt und vor allem die Nachwirkungen einer fünfjährigen Menschen- und Wirtschaftsvernichtung **weit unterschätzt hat.**

Weil man aber hier schon begriffen hat, daß diese Nachwirkungen durchaus nicht nur in einer Richtung gehen und naturgemäß bei Siegern und Besiegten des großen Krieges ganz verschieden sind, deshalb reagiert man hier auch längst nicht mit der Heftigkeit auf irgendwelche aus den Hauptsüdten kommenden Gegenstöße, die anderswo noch immer zum politischen guten Ton gehört. Man kann gegen das Genfer Sekretariat vieles sagen, und in Berlin gehört es jetzt zum Beispiel zum guten Ton, sehr viel Schlechtes von ihm zu sagen, aber unbestritten hat es ein Gutes: es existiert jetzt eine Körperschaft von 700 Beamten, darunter einige Dutzend höherer, die berufsmäßig dazu da sind, bei jeder kleinsten Aeußerung eines Konfliktes darüber nachzudenken, wie man ihn abbiegen könnte. Das paßt den Extremisten nirgends! Aber die Weltgeschichte besteht doch nur aus abgebogenen Konflikten und aus — Kriegen, denn wirklichen und „gerechten“ Ausgleich hat es kaum jemals gegeben. Auf der Grundlage dieser skeptischen Erkenntnis ruht ja die ganze Genfer Institution, in der das Wort Gerechtigkeit zwar eine sehr große Rolle spielt, in der die Akteure sich aber darüber klar sind, daß die „Gerechtigkeit“ des einen fast immer vom andern für krasse „Ungerechtigkeit“ gehalten wird.

Das typische Beispiel liefert der österreichisch-deutsche Zoll-Unionsplan, der von der Europa-Kommission und vom Völkerbundrat — aber unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten! — behandelt werden wird. In der Europa-Kommission wird ihn der deutsche Außenminister Curtius als Beispiel dafür vorführen, wie er sich die Möglichkeit einer Einigung Europas denkt, im Gegensatz zu Briands Europaprojekt, das von dessen eigenen Ministerkollegen dauernd sabotiert worden ist. Gelingt ihm der Nachweis, daß so wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa gefördert werden kann, und lassen ihn seine Freunde nicht etwa im Stich, so wird der deutsche Außenminister als Präsident des Völkerbundrates in der folgenden Woche dann lächelnd zuhören können, wie Briand oder Laval das Verdammungsurteil der französischen Kammer vortragen werden. Daß Genf sich dieses Urteil zu eigen macht, hat Dr Curtius kaum zu fürchten, wenn er nur bereit ist, die Selbstverständlichkeit zuzugestehen, daß nicht auf diesem, sozusagen geographischen oder regionalen, Wege allein vorgegangen werden soll, auf dem übrigens doch, weniger vollständig, dafür aber praktisch viel weiter fortgeschritten, die acht Agrarstaaten der Warschauer Konferenz vorangegangen sind, ebenso wie die skandinavischen Länder mit Holland. Wie auch im einzelnen der französische Vorschlag aussehen mag, es ist klar, daß er nicht geographische, sondern wirtschaftliche Teileinigungen enthalten wird, also Pläne, die der Absicht Oesterreichs und Deutschlands durchaus nicht entgegenstehen, sondern sie sehr wohl ergänzen können. Man hofft hier, daß sich diese Auseinandersetzung trotz alles Lärms, den sie bereits entfesselt hat, nicht allzu unfriedlich vollziehen wird.

Ein großes Fragezeichen ist dabei die Haltung der Moskauer und der Türken in der weltwirtschaftlichen Debatte der Europakommission. Ihre Verwunderung freilich, daß sie nicht auch zu den reinen Völkerbundsgesprächen der Kommission eingeladen wurden, und ihre ironischen Bemerkungen darüber erwecken hier ebenfalls Verwunderung und Ironie.